

Bürokratieabbau in Schleswig-Holstein: Erleichterungen für Schweinehalter

Schleswig-Holsteins Landesregierung erleichtert durch Änderungen der Bauordnung die Errichtung von Ausläufen in der Schweinehaltung.

Schleswig-Holstein, ein Bundesland im Norden Deutschlands, hat sich entschlossen, die Herausforderungen in der Landwirtschaft mit einem pragmatischen Ansatz anzugehen. Ministerpräsident Daniel Günther präsentierte ein umfassendes Maßnahmenpaket, das darauf abzielt, die bürokratischen Hürden für Landwirte deutlich zu reduzieren. Ein zentrales Element dieser Initiative ist die Änderung der Landesbauordnung, die die Einrichtung von Ausläufen in der Schweinehaltung erleichtern soll. Es ist ein Schritt, der nicht nur die aktuelle Landwirtschaft unterstützen könnte, sondern auch als Vorbild für andere Bundesländer dient.

Ein wichtiger Aspekt dieses Entlastungspakets betrifft die Reduzierung der Anforderungen im Düngerecht und den erleichterten Stallbau. Während der Präsentation beim Landesbauerntag in Rendsburg betonte Günther die Notwendigkeit, die Landwirtschaft von unnötiger Bürokratie zu befreien, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und die Tierhaltungspraktiken zu modernisieren.

Erleichterungen im Stallbau

Die neue Landesbauordnung wird festlegen, dass bei der Errichtung von Ausläufen für Schweine, die sich nicht dauerhaft dort aufhalten, keine Baugenehmigung mehr erforderlich ist. Dies ist eine wesentliche Erleichterung für viele Landwirte, die

bisher häufig mit langen Genehmigungsprozessen konfrontiert waren. Ein Umstieg auf die höheren Haltungsstufen, wie sie in dem neuen Gesetz berücksichtigt sind, erforderte oft erhebliche Umbaumaßnahmen, die oftmals keine Genehmigung erhielten. Mit dieser Reform möchte die Landesregierung signifikante Fortschritte in der Schweinehaltung erzielen und auf die veränderten gesellschaftlichen Anforderungen reagieren.

Dr. Torsten Staack, Geschäftsführer der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN), äußerte sich zu den geplanten Erleichterungen und wies darauf hin, dass zwar Fortschritte erzielt werden, jedoch noch viele Hürden bestehen bleiben. Das Erfordernis, Ausläufe zu genehmigen, hat die Schweinehalter bisher oft in einen langwierigen Genehmigungsprozess gezwungen. „Die beabsichtigten Erleichterungen sind ein bemerkenswerter Baustein, auch wenn es einen langen Weg bis zu einer vollständigen Umsetzung gibt“, unterstrich Staack.

Mehr Verursachergerechtigkeit im Düngerecht

Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Maßnahmenpakets ist die Anpassung im Düngerecht. Künftig wird die Pflicht zur Meldung von Wirtschaftsdünger nur noch halbjährlich erforderlich sein, was eine erhebliche Entlastung für die Landwirte bedeutet. Schleswig-Holstein setzt auch auf die Weiterentwicklung des Programms zur Elektronischen Nährstoffmeldung und Dokumentation, wodurch eine gerechtere Verteilung der Verantwortlichkeiten innerhalb der Landwirtschaft angestrebt wird. Diese Maßnahmen reflektieren den Trend, nicht nur bürokratische Hürden zu reduzieren, sondern auch die landwirtschaftlichen Praktiken hin zu mehr Nachhaltigkeit und Effizienz zu lenken.

Die Grundidee hinter diesen Reformen ist, dass eine praxisnahe Gesetzgebung sowohl der Umwelt als auch der Wirtschaftlichkeit der Betriebe zugutekommt. Die Landesregierung trifft damit

einen Nerv, denn viele Landwirte fordern seit Jahren eine Abkehr von übermäßiger Bürokratie. Die ISN hebt hervor, dass Schleswig-Holstein hier Vorreiter sein könnte. In einem Zeitrahmen, in dem die Landwirtschaft in Deutschland dringend Unterstützung braucht, lässt die Bundeswehr die Politik aufhorchen und möglicherweise auch andere Bundesländer inspiriert.

Das Maßnahmenpaket von Schleswig-Holstein könnte signalhaft für eine neue Herangehensweise in der deutschen Landwirtschaft stehen. Indem die Regierung pragmatische Lösungen zur Minderung der Bürokratie bereitstellt, wird sie nicht nur den Landwirten von heute helfen, sondern möglicherweise auch die Standards für die Schweinehaltung der Zukunft setzen. Es bleibt abzuwarten, ob und wann andere Bundesländer diesem Beispiel folgen und ihre Vorschriften ebenfalls anpassen werden. Diese Reformen könnten den ersten Schritt in Richtung einer nachhaltigeren und effizienteren Landwirtschaft darstellen.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de